

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Lohow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postzeitungsmäßig Nr. 3164

Inhalt: Unser Jahresbericht 1916. — Durchgehende Arbeitszeit für Gemeindebetriebe? — Monatsbericht vom Krieg. — Volksversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste.

## Unser Jahresbericht 1916.

In unserer jämmerlichen Zeit, da jeder Tag beinahe wichtige weltbewegende Ereignisse bringt, ist das Interesse für die ferne wie nähere Vergangenheit im allgemeinen sehr gering. Jeder möchte nur die eine alles umfassende Frage beantwortet haben: Wann ist Friede?

Und doch gibt es in unserem Organisationsleben Vorgänge, die uns Richtung und Beweiser für die Zukunft sein können und die von allen Mitgliedern aufmerksam beachtet werden sollten.

Der Jahresbericht 1916 unseres Verbandes — der in diesen Tagen an die Adressierten gelangt wird und damit in die Hände unserer Mitglieder gelangt — gibt uns Veranlassung, den dringenden Wunsch auszuspochen, der Lektüre dieser kleinen Schrift die nötige Beachtung zu schenken und sie eingehend zu studieren. Denn in dem Maße, wie wir den Zusammenhang alles Geschehens klar erkennen, vermögen wir auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um den schwierigen Aufgaben der Gegenwart wie der nahen und ferneren Zukunft gerecht zu werden.

Wir mußten schon im Vorjahr darauf hinweisen, daß es uns nicht entfernt gelungen ist, einen Ausgleich im Kriegsbaushalt des städtischen Arbeiters zu erzwingen. Nun sind die Zustände auf fast allen Gebieten der Ernährung und des Bedarfs mittlerweile so ungeheuerliche geworden, daß die Aussichten immer geringer werden, diesen Ausgleich irgendwie herbeiführen zu können. Wer sich darüber täuscht, verkennt die unansprechlichen wirtschaftlichen Rückwirkungen dieses wahnwitzigen Weltkrieges.

Erträglich und nicht ganz so stark fühlbar hätte der Mangel an Nahrung, Kleidung usw. werden können bei konsequenter Nationalisierung und vernünftiger Preisgestaltung. Das kapitalistische Profitinstem hat es anders gewollt und die Regierung war nicht willens oder zu schwach, hier durchgreifend Wandel zu schaffen.

So ist das dritte Kriegsjahr zu einer wahren Leidenstation der arbeitenden Massen geworden und der gewissenhafte Beurteiler kann wahrlich keinen rosigen Ausblick auf die Zukunft eröffnen. Bei alledem ist mit bloßen Vorkommnissen den Interessen der Arbeiterschaft durchaus nicht verkannt werden, den harten Druck der Weltkriessessel soweit zu mildern, als das irgendwie durch die Arbeit der ge-

werkschaftlichen Organisation geschehen kann. Und diese Mildrerung des wirtschaftlichen Drucks ist auch im verfloßenen Jahr von ganz erheblicher Bedeutung gewesen.

Würdigt man vom ruhig abwägenden objektiven Standpunkt die Leistungen unseres Verbandes im verfloßenen Jahr, so kann sogar ein Gefühl der Genugtuung dafür aufkommen, daß trotz aller Hemmnisse unsere Arbeit an manchen Orten ansehnliche Erfolge aufzuweisen vermag. So kann unser Jahresbericht über erhebliche Lohnbewegungen berichten. Die ungeheure Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung als auch die Entwertung des Geldes drängten dazu, einen Ausgleich durch höhere Einnahmen anzustreben. Nicht von allen Stadtverwaltungen läßt sich ein verständnisvolles Eingehen auf die bedrängte wirtschaftliche Lage und die berechtigten Forderungen der Arbeiter behaupten. Wenn es dennoch in einigen Gemeinden nicht zum äußersten kam, so ist das zum größten Teil der besonnenen Haltung der organisierten Arbeiterschaft zu verdanken.

Es wurden im Berichtsjahre insgesamt 169 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung in 107 Gemeinden durchgeführt. In 41 von diesen Gemeinden für alle Arbeiter oder im Laufe des Jahres zwei- oder mehrmal für einzelne Betriebe. Von den Bewegungen wurden 771 Betriebe mit 81062 Beschäftigten erfasst. 14 der Bewegungen oder 8,3 Prozent erbrachten einen vollen und 115 oder 85,8 Proz. einen teiltweisen Erfolg. 10 Bewegungen (5,9 Proz.) blieben erfolglos oder waren bei Abschluß des Jahres noch unerledigt. Die als erfolglos bezeichneten Bewegungen entfallen reißlos auf die für einzelne Betriebe oder Arbeiterkategorien aufgestellten besonderen Forderungen. Ten von der Ablehnung Betroffenen wurden die für die Gesamtarbeiterschaft einer Gemeinde errungenen allgemeinen Verbesserungen also ebenfalls zuteil. Eine reine Lohnzulage bewilligten 7 Gemeinden, während die Mehrzahl — 80 Städte — die Lohnaufbesserungen in die Form einer Teuerung-, Familien- und Minderzulage kleideten. In 11 Fällen konnte außer einer Lohnerböhung die Nachbewilligung oder Wiedergewährung des entzogenen Urlaubes durchgesetzt werden.

Neben diesen Forderungen mußten noch die bessere Regelung der Lebensmittelzulagen für die Eäuer und Schwerarbeiter in den städtischen Betrieben, die Erhöhung des Bestimmungsgeldes für das Pflagepersonal und der Erlös von Bestimmungen über die Entlohnung der in städtischen Diensten stehenden Kriegsbeschädigten in verschiedenen Gemeinden, Kranken- und Pflageanstalten mit gutem Gelingen anstrebt werden. Von den insgesamt 81062 Beteiligten erzielten 56905 eine Erhöhung ihres wöchentlichen Einkommens von zusammen 173817,96 Mk. An sonstigen Erfolgen, wie Aufbesserung der Familien- und Minderzulagen usw., nahmen 27914 Kollegen und Kolleginnen teil.

Da das Bestreben, höhere Löhne zu erringen, sich in erster Linie geltend machte, so rückte der Kampf um Verkürzung

der Arbeitszeit naturgemäß in den Hintergrund. Immerhin erzielten im Berichtsjahre 177 Kollegen eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit um 477 Stunden wöchentlich.

Erfreulich bei den Lohnbewegungen des Berichtsjahres ist die Beobachtung, daß die Stadtverwaltungen ihre Schemen der direkten Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen und ihren Leitern zum Teil abgelegt haben; hoffentlich nicht nur vorübergehend. In 18 Fällen wurde mit dem örtlichen Organisationsvertreter oder dem Leiter unseres Verbandes direkt verhandelt. Es hat das natürlich wesentlich zur besseren und rascheren Verständigung über bestehende Streitfragen geführt.

Die in so verschiedener Art und Form erzwungenen Verbesserungen lassen sich nicht reitlos zehnmäßig erfassen. Die nachstehende Tabelle bietet einen kurzen Ueberblick über die von den beteiligten Arbeiterkategorien erzielten Erfolge.

Arbeitszeitverkürzung			Lohnerhöhung		
pro Woche bei 40 Stunden	erhielten Personen	insgesamt Stunden	pro Woche von 20%	erhielten Personen	insgesamt Mk.
1	17	17	bis 0,50	600	180,—
1 1/2	60	75	0,51—1,—	8 693	3 665,80
2	110	385	1,01—1,50	7 578	10 172,48
			1,51—2,—	10 454	19 579,05
			2,01—2,50	5 371	12 656,26
			2,51—3,—	3 276	9 583,25
			3,01—3,50	736	15 991,40
			3,51—4,—	21 316	82 252,92
			4,01—4,50	1 019	4 594,80
			4,51—5,—	954	4 486,—
			5,01—5,50	1 644	8 872,—
			5,51—6,—	264	1 584,—
Summa	177	477	Summa	56 905	173 817,96

Beteiligt waren alle Arbeitergruppen, und zwar an der allgemeinen Bewegung 76 482 (wovon leider nur 21 625 organisiert waren!), Banenarbeiter 514 (146), Elektricitätsarbeiter 70 (39), Gasarbeiter 1543 (916), Heil- und Pflegeanstalten 1420 (390), Metallisation 65 (48), Posternwärter 115 (58), Park- und Gartenarbeiter 50 (26), Theater 155 (75), Vieh- und Schlachthof 37 (8), Wasserwerke 11 (11), Staatbetriebe 641 (186). Die in Klammern gestellten Zahlen sind jeweils die Organisierten. Hier tritt außerordentlich klar zutage, in wie hohem Maße die Organisierten die Mastanen für die anderen aus dem Feuer holen müssen. Dasselbe Bild zeigt sich natürlich auch bei der Gesamtaufstellung. Von 81 000 an Lohnbewegungen Beteiligten waren nur 23 500 Organisierte, obwohl 77 700 Personen Erfolge hatten.

Mit diesen Ziffern müssen wir in die Kleingewerkschaft gehen!

Es ist in der Tat noch ein ungeheures Gebiet der Interesslosigkeit und Zurückhaltung vorhanden, und wir müssen trotz aller Kriegsereignisse unablässig die Zümmigen wachrütteln und ihnen das Pflichtgefühl für die Organisationszugehörigkeit beibringen.

Unser Geschäftsbericht gibt von 232 Orten die Art und Höhe der Steuerungszulagen wieder, die freilich zum weitest eine Umschreibung der Lohnzulagen bedeuten.

Auch von den sozialen Forderungen und Errungenstoffen gibt unser Geschäftsbericht ein eindringliches Bild. Wir geben hiervon nachfolgend einige Zusammenstellungen:

**Krankenversicherung der zum Heere eingezogenen Arbeiter.**

Folgende Stadtverwaltungen zahlen die Beiträge für ihre Arbeiter weiter: Albersleben (niedrigste Klasse), Augsburg, Barmen, Breslau (niedrigste Klasse und nur für Verheiratete), Bayreuth (nur Arbeitgeberanteil), Chemnitz (nach Anmeldung der freiwilligen Mitgliedschaft), Colmar i. El., Dessau, Dresden (nur an Verheiratete), Eichberg, Elberfeld,

Eßlingen, Feuerbach, Frankfurt a. M. (nur niedrigste Klasse), Frankfurter Gasgesellschaft (3. Klasse), Freiberg i. S., Gebrüder i. El., Gießen, Gmünd, Göppingen (niedrigste Klasse), Halberstadt, Hanau, Hannover, Heidelberg, Heilbronn (niedrigste Klasse), Karlsruhe (Beiträge werden von der Unterstützung abgezogen), Lahr i. B., Langen i. S., Lamsbach, Leipzig (für Klasse 8), Lörrach i. B., Ludwigshafen, Magdeburg, Mainz (niedrigste Klasse und wöchentlich je 30 Pf. für freiwillige Familienbeiträge), Marfird, Mühlhausen i. El., Mühlhausen i. Th. (nur für Gasarbeiter), Münden (in besonderen Fällen auf Kosten des Reiches), Offenbach a. M., Rathenow, Reutlingen (niedrigste Klasse), Sangerhausen, Spremlingen b. Offenbach, Stettin, Strassburg i. El. (niedrigste Klasse), Stuttgart (niedrigste Klasse), Traunstein, Ulm a. D. (niedrigste Klasse), Worms, Zuffenhausen (niedrigste Klasse).

**Kriegsversicherung der zum Heere eingezogenen Arbeiter.**

Folgende Stadt- und Staatsverwaltungen haben Anteile für ihre Arbeiter erworben: Arnstadt, Barmen, Bonn, Breslau (wenn die Ehefrau die Hälfte dazu zahlt), Cassel, Colmar in Elß (je einen Anteil von 10 Mk.), Cöthen i. Anb. (je einen Anteil von 10 Mk., davon trägt der Staat 5 Mk., der Kreis und die Gemeinde je 2,50 Mk.), Dessau, Düsseldorf (für alle weniger als 10 Jahre Weidwärtige je einen Anteil), Eichberg, Gadamar, Heil- und Pflegeanstalten Serborn und Weimannster (jeder zum Heeresdienst Eingezogene wird mit 5 Proz. seines Dienstverdienstes, mindestens jedoch mit 50 Mk., höchstens mit 200 Mk. versichert), Elberfeld (je einen Anteil von 10 Mk.), Freiberg im Preisaan (je einen halben [5 Mk.] Anteil), Görtlich, Großenhain (je einen Anteil von 10 Mk.), Hannover (je zwei Anteile, welche aber den Frauen abgezogen werden), Königsberg i. Pr., Kreuznach (je einen Anteil von 10 Mk.), Lörrach i. B. (je einen halben [5 Mk.] Anteil), Lübeck (je 10 Anteile, welche den Frauen monatlich mit 10 Mk. abgezogen werden), Magdeburg, Meerane, Wittweida, Sangerhausen, Wittenberg (je einen Anteil von 10 Mk.), Worms (je einen Anteil für alle Eingezogenen, welche keinen Anspruch auf Ruhegeld oder Hinterbliebenenversicherung haben).

**Beihilfen an die Kriegsteilnehmer oder deren Familien nach dem Tode vom 31. Dezember 1916.**

Zu den Beihilfen an die Kriegsteilnehmer sei bemerkt, daß sich die grundlegenden Bestimmungen über die Gewährung und die Höhe derselben im Laufe des Jahres nicht viel geändert haben. Die meisten Gemeinden haben der Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel Rechnung getragen, indem sie die Kriegsunterstützung um einen prozentualen Anteil der den im Dienste stehenden städtischen Arbeitern zugewilligten Steuerungszulagen erhöhten. Leider blieb diese Erhöhung der Kriegsbeihilfen, wie uns bekannt wird, in vielen Fällen nur eine illusorische. Durch mittlere, alte mögliche Auslegung zulassende Bestimmungen wurde die Auszahlung wieder aufgehoben. So sind z. B. in Hannover die den Arbeitern und Beamten im August 1916 bewilligten Steuerungszulagen durch Beschluß der städtischen Kollegien auch den Familienangehörigen der eingezogenen Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter zugewilligt. Wohl erhielten die Familien der Beamten und Lehrer die Zulagen, die anderen aber nicht. Alle Versuche unsererseits, sie auch für die Arbeiter heranzuziehen, sind bis jetzt (März 1917) gescheitert. So wie hier liegt es noch in manch anderer Gemeinde.

So entrollt dieser kurze Auszug schon ein Bild des reichen mannigfaltigen Lebens unserer Organisation. Wir möchten nur hoffen, daß unsere Mitglieder aus dem leicht verständlichen Jahresbericht die volle Nutzenverwendung ziehen und unermüdet für die Ausbreitung unseres Verbandes Sorge tragen.

## Durchgehende Arbeitszeit für Gemeindebetriebe?

In der Gewerkschaftspresse ist zurzeit ein Meinungsaustausch im Gange über die durchgehende Arbeitszeit. Während in der „Metallarbeiterz.“ Mr. sich fast bedingungslos für die durchgehende Arbeitszeit ausspricht und darin 2 Stunden mehr Arbeit für die Arbeiter erlitt (eine Auffassung, der auch wir zuneigen), wird in anderen Organen, so auch im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, an Hand statistischer Aufstellungen und Nachfragen bewiesen, daß erstens die Unfallziffer bei Arbeitszeiten ohne größere Pausen steigt, zweitens bei Umfragen sich die Arbeiter mit großer Mehrheit wiederholt gegen die durchgehende Arbeitszeit ausgesprochen haben. Nun muß man unseres Erachtens unterscheiden zwischen Großstadtarbeiter mit meist ferner Wohnstätte und Kleinstadtarbeiter, der in zwei Mittagsstunden ohne Hebe zu Hause sein Wahl einnehmen kann, das Kleinwied besorgt und auch ein kleines Mittagsbrot isst. Ebenso kommt die Art der Beschäftigung, Intensität der Arbeit usw. in Frage. Jedenfalls verlohnt es sich, die Sachlage hinreichend zu klären. Deshalb veröffentlichen wir nachstehende Einwendung, obwohl die allgemeine Papiernot nun auch an unsere Pforten vordringt und uns wahrscheinlich weitere Raumbeschränkungen auferlegen wird.

Aus Paris kommt die Kunde von der Einführung der englischen Arbeitszeit (8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags mit nur kleinen Essenspausen) für die Arbeiter in den Konfektionsbetrieben. In Petersburg fordert die Arbeitererschaft neben 40prozentiger Lohnerhöhung die Einführung des Sechsstundentages.

Wenn auch in Deutschland die gegenwärtige Situation zur Erhebung ähnlicher Forderungen nicht besonders geeignet ist, so kann doch mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit möglich, ja sogar notwendig sein wird.

Solange der Krieg noch währt, wird überall angestrebt, oft auch über die eigentliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet werden. Das muß sich aber mit Friedensschluß und der dann folgenden Entlassung der Mannschaften aus dem Wehrdienst ändern. Der zweifachen Arbeitslosigkeit muß vorgebeugt werden. Dazu gibt es zwei Möglichkeiten: einerseits finanzielle Unterstützung an die Arbeitslosen, andererseits Beschaffung von Arbeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird vorwiegend den Gemeinden zufallen. Da die finanzielle Unterstützung der Arbeitslosigkeit viel Geld kostet, ohne daß Werte erzeugt werden, werden die Stadtverwaltungen eher dazu neigen, die Arbeitszeit allgemein herabzusetzen, um eine größere Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigen zu können.

Aber nicht allein um eine Verkürzung der Arbeitszeit wird es sich handeln, sondern zugleich um das Zusammenlegen aller Arbeitsstunden in eine Schicht mit nur kurzen Essenspausen: also um die Einführung der durchgehenden, englischen Arbeitszeit. Für die Arbeiter in Betrieben mit ununterbrochener Arbeitsweise ist dabei der Sechstundentag und für alle übrigen der Achttundentag ins Auge zu fassen, wenn das auch heute noch mandem als „revolutionäre Forderung“ erscheinen mag.

Für die Frauen ist der Achttundentag als Maximalarbeitszeit unbedingt sofort zu fordern. Es ist eine Utopie, zu glauben, daß die Frauen wieder aus den von ihnen eroberten Tätigkeitsgebieten ganz ausgewiesen werden könnten. Die Ruhrbarmachung jeder Arbeitskraft, auch der weiblichen, liegt im Zuge der Zeit. Es ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Nicht nur das Unternehmertum, sondern auch die Frauen selbst und, soweit sie verheiratet sind, auch ihre Männer werden daran festhalten, durch die Art der Zeit getrieben. Wenn die Lebenshaltung wird sich selbst weit geöffneten Grenzen nicht in dem Maße verbilligen, daß der Arbeitslohn des Mannes allein ausreichend wäre.

Mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit für Mann und Frau wird eine Verlegung der allgemeinen Tischzeit Hand in Hand gehen. Für die Arbeiter in ununterbrochenen Betrieben mit Achttundenschichten ist schon heute die Einnahme der Hauptmahlzeit recht verdrängend erfolgt. Wer heute nur in der kurzen Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags seine Hauptmahlzeit einnehmen muß, wird es entschieden begrüßen, wenn er mit der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit in die Lage kommt, nach getaner Arbeit gut und reichlich und in Ruhe nachmittags 6 Uhr sich an den Tisch setzen kann.

Die Verkürzung der Arbeitszeit für den Arbeiter als Lohnarbeiter ist jedoch nicht identisch mit einer Verkürzung der Arbeitszeit für den Arbeiter als Mensch. Die durchgehende Arbeitszeit

erst wird es ihm gestatten, seine Wohnung aus dem engen Gestrübe der Großstadt hinaus aufs freie Land zu verlegen. Die gewonnene Zeit wird ihm eine willkommene Gelegenheit sein, für sich selbst im Feld und Garten tätig zu sein. Diese Arbeit für den eigenen Nutzen wird er nicht als Fron empfinden, er wird sie gern leisten und sich dabei kräftigen. Frau und Kinder sind ihm dabei fröhliche Gesellschafter.

Und der Staat und die Gemeinden? Sie erziehen sich damit ein gesundes und schaffensfrohes Geschlecht.

Freilich, ohne Kämpfe wird sich diese Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Zusammenlegung nicht vollziehen. Der Krieg hat die Profitwelt eingefleischter Kapitalisten nicht gemindert. Sie dominieren immer noch auf allen Rathhängern, im Staate und im Reich. Ihre Macht ist groß und ihr Einfluß reicht weit. Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet für sie Verminderung des Profits.

Aber die Kämpfe fürchten wir nicht. Wir haben in den drei Kriegsjahren einen grausamen Kampf kämpfen gelernt. Wir werden den humanen, wirtschaftlichen Kampf erst recht führen können, denn hier stehen unsere und der gesamten Arbeitererschaft Interessen im Vordergrund. Zwei Drittel des Volkes werden mindestens dafür sein.

Es wird an den maßgebenden Stellen aller öffentlichen Körperschaften liegen, das zu beachten. Die Methode der Verständigung ist der Gesamtheit des Volkes zweifellos dienlicher. Aber unsere Gewerkschaften wollen wir stark und geschlossen halten! A. W.

## Monatsbericht vom Krieg

So heftig auch die Kämpfe an unserer Westfront nun seit Monaten geführt werden, der Versuch der Engländer, am Westende des Westens durchzubrechen, ist ebenso gescheitert als die gleiche unerböt verlustreiche Anstrengung des französischen Südflügels bei Soissons. Es sind sogar von uns im Mai an der Westfront noch 237 Offiziere, 12.700 Mann gefangen genommen. Die Gegner berichten freilich von ähnlichen Gefangenengablen auf ihrer Seite. Am 7. Juni kam die neue Schlacht bei Messines in Gang mit anfänglichem Teilerfolg für die Engländer. Aber bald verjagte die „Sommeroffensive“ der Engländer. Es kam zu gewaltigen Gegenstößen und am 20. Juni gelang uns bei Courcelles nordöstlich Soissons, der Sturm auf starke französische Stellungen, die in immer wiederholten französischen Gegenangriffen auch noch Ende Juni fest in unserer Hand blieben.

Die 10. Jönsofschlacht scheiterte vollständig für die Italiener nach anfänglichem Teilerfolg bei Plava. Ein Gegenstoß der Österreicher auf dem Markt bei Samiano brachte sogar 10.000 italienische Gefangene. Ähnlich werden die blutigen Verluste der Italiener auf 100.000 geschätzt, wozu noch insgesamt 22.000 Gefangene kommen. Ein neuer Versuch der Italiener, auf der Hochflanke der Sieben Gemeinden die schwere Schwärze wieder auszuweichen, verlief schon am 10. Juni ohne Erfolg.

Auch die mazedonische Front vermochte sich nicht mehr zu größeren Stempfländlungen nach dem 2. Juni aufzurufen, vielmehr wurden erhebliche Teile des Struma bogen von der Sarraill-Armee freiwillig preisgegeben. Ueberhaupt wird an dieser Front umgruppiert und abtransportiert, daß man fast glauben könnte, es soll das aussichtslose Balkanabenteuer Sarraills doch vorzeitig aufgegeben werden, wenn nicht die Befehle der griechisch-italienischen Tiefebene, die Abhebung des griechischen Königs und der Einzug der Benizelisten in Athen auf neue Anstrengungen der Entente auch an dieser Stelle schließen ließen.

Im Osten war es im Berichtmonat fast völlig ruhig. Erst am 30. Juni setzte intensives Trommelfeuer ein, dem eine ungeheuer starke, opferreiche russische Offensive bei Przeczau in Richtung Lemberg folgte, die noch nicht ganz zum Abschluß gekommen ist. Es gelang den Russen die Umgebung einer ungarischen Stellung und damit nicht unerhebliche Gefangenenerbeute (10.000). Aber schon stockte die russische Armee wieder, nach unglücklich großen Menschenverlusten. Ob die Offensivkraft Unglands sich wider alles Erwarten noch länger hält oder der Anfang vom Ende der russischen Wehrkraft sich nur schlecht verbirgt, ist zurzeit noch nicht klar zu erkennen.

Der verstärkte U-Bootkrieg brachte im Mai 860.000 Tonnen Versenkung. Seit Februar 1917 sind 1.65 Millionen Tonnen versenkt, das sind etwa 7½ Milliarden Mark Verlust!

Am Luftkampfe wurden im Mai 262 feindliche Flugzeuge und 26 Kesselballons abgeschossen, während wir 79 Flugzeuge und 9 Kesselballons erbeuteten.

Die Friedensaussichten sind trotz Stockholm mittlerweile wieder geringer geworden. Am 10. Juni erschien eine neue Postkarte Wilsons an die russische Regierung, die in gleicherweise die Niederwerfung Deutschlands als Kriegsziel erklärt. Nicht den Zustand vor dem Kriege will man, sondern der Tag ist gekommen, zu siegen oder sich zu unterwerfen! — heißt es in der Wilson-Note. Auch die Grimm-Gossmann-Angelegenheit beweist leider die geringe Aussicht, jetzt endlich den Frieden herbeizuführen. Der Zimmerwalder Sozialist Grimm forderte von Petersburg aus den schweizerischen Bundesrat Gossmann auf, ihm zu bestätigen im düsselterer Depeche, daß Deutschland im Osten nicht anzureifen werde und auf Eroberungen verzichte. Die Antwortdepeche wurde von Peanting veröffentlicht nachdem sie wohl von englischen Spionen entwendet und führte zur indirekten Ausweisung Grimms aus dem freien Ausland. Man ist schließlich empört über den Friedensstifter in der Entente. Gossmann trat „freiwillig“ von seinem Amt zurück, das nun der Genfer Nationalrat Ador einnimmt. — In Serbien ist durch allgemeinen Amnestieerlass Kaiser Karls viel von den bisherigen inneren politischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. In Ungarn hat Ministerpräsident Esterhazy die unverzügliche Neuordnung und ein freies Wahlrecht angefordert. Es wäre an der Zeit, daß in Deutschland — vor allem in Preußen — ebenfalls die Neuordnung unverzüglich eintritt. Dann könnte das kaiserliche Heere Lord Georges und anderer die angeblich um unsere innere „Beirenung“ und Demotisierung weiterkämpfen müssen! aufs trefflichste widerlegt werden.

Die allgemeine Stockholmer Friedenskonferenz mußte wiederum verlagert werden, da weder England, Frankreich noch Amerika ihren Sozialisten die Pässe ausstellen. Ja, ja, die „Länder der Freiheit“.

Betrag von 145.081,61 Mk., gleich 7 Proz. der Jahresprämien, überwiesen werden. Nachdem durch die wiederholten Verzinsleistungen der Aktionäre auf die ihnen zustehende Verzinsung ihres Aktienkapitals eine ausreichende Stärkung des Kriegserwerbssfonds ermöglicht wurde, glaube der Vorstand, in diesem Jahre davon absehen zu sollen, den Aktionären weitere außerordentliche Leistungen zuzumuten und schlage deshalb vor, die jagungsgemäßen vierprozentigen Zinsen im Betrage von 40.000 Mk. zur Auszahlung gelangen zu lassen. Alles in allem sei man wohl berechtigt unter Berücksichtigung des nun seit drei Jahren wütenden Krieges mit der Entwicklung unserer Volkswirtschaft zufrieden zu sein. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats kommitierte hierauf, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre die Verwaltungsgehalte im strengen guten Einvernehmen mit dem Vorstand erledigt wurden. Nach dem Tode v. Eins habe der Aufsichtsrat im Einverständnis mit dem Vorstande beschlossen, während der Dauer des Krieges von der Festsetzung des Postens eines zweiten geschäftsführenden Vorstandsglieds abzusehen, und zur ungehinderten Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dem Leiter des literarischen Bureau's, Herrn Hilkenbrand, Profura zu erteilen. Alsdann berichtete der Revisor, Herr Wästel, daß er am 9. und 10. Mai 1917 eine Revision der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für 1916 vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden habe. Für die Revisionskommission des Aufsichtsrats erklärte Herr Junger, daß sie bei ihren verschiedenen Revisionen niemals Veranlassung zur Beanstandung gehabt habe und sich dem Antrage des Herrn Wästel angeschlossen könne. Hierauf wurde der Antrag einstimmig angenommen und damit die Entlassung ausgesprochen. Hierauf wird beschlossen, von dem erzielten Heberlohn von 217.421,27 Mk. den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages entsprechend je 5 Proz. = 10.871,06 Mk., zusammen also 43.484,24 Mk., dem Kriegserwerbssfonds, dem Organisationsfonds, dem Kriegserwerbssfonds und dem Fonds für besondere Reserven zuzurechnen; weiter den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 40.000 Mk. und der Gewinnereiere der Verdrückten 7 Proz. der Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Verbindeten = 145.081,61 minus 18.439,40 Mk. vermindert, aber nicht zur Gutschritt gekommener Gewinnanteile, somach 126.642,21 Mk. zuzuwenden. Der Betrag von 724,82 Mk. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Volksversicherung

Bei der vierten Generalversammlung der Volksfürsorge, die am 26. Juni in Hamburg stattfand, waren 889.000 Mk. Aktienkapital vertreten. Nach der durch den anwesenden Notar festgestellten Rechtmäßigkeit der Vertretung eröffnete der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, die Generalversammlung mit einem ehrenden Nachruf für den im September vorigen Jahres plötzlich verstorbenen ersten Geschäftsführer der Volksfürsorge Adolph von Elm. Beim Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats hob das geschäftsführende Vorstandsmittglied Vesche unter Verweisung auf den gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht hervor, daß es auch im abgelaufenen Geschäftsjahre trotz der großen durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten der eifrigen Tätigkeit der Funktionäre der Volksfürsorge gelungen sei, eine Steigerung der Zahl der Kapitalversicherungen und infolgedessen der Höhe der Versicherungssumme zu erzielen. Bei den Kapitalversicherungen, die von 105.103 im Jahre 1915 auf 123.715 im Jahre 1916 anwachsen, zeigte sich eine Steigerung von 18.612 Versicherungen. Bei den Sparversicherungen ist die Zahl um 1799 gestiegen. Der gesamte Versicherungssumme, der Ende 1915 171.312 Versicherungen mit 24.473.929 Mk. Versicherungssumme und Ende 1916 191.736 Versicherungen mit 28.468.029 Mk. Versicherungssumme betrug, stieg somit um 20.424 Versicherungen mit 3.994.100 Mk. Versicherungssumme. Daraus erhöhte sich die Prämieinnahme von 1.924.847,80 Mark auf 2.342.435,15 Mk. und brachte somit im Jahre 1916 einen Rebertrag von 407.587,35 Mk. Die Zinseneinnahme, die von 148.984,02 Mk. auf 221.888 Mk. stieg, brachte eine Steigerung von 72.904 Mk. Naturgemäß stiegen bei der längeren Dauer der abgeschlossenen Versicherungen auch die Leistungen der Gesellschaft. Es waren im abgelaufenen Jahre 128.717,34 Mk. im Jahre 1915 90.332,53 Mk., somach im Jahre 1916 38.384,81 Mk. mehr an Versicherungsleistungen auszusahlen. Besonders erwähnlich war es für den Vorstand, daß er trotz der erschwerenden Organisationsmäßigkeiten auch in diesem Jahre darauf verzichten konnte, dem Organisationsfonds weitere Mittel zu entziehen, der nach Abschluß des Krieges für die Arbeiten des dann notwendigen Neuaufbaues dringend erforderlich sein wird. Um die Gesellschaft auch sonst gegen jede Heberwindung zu sichern, schlug der Vorstand vor, bei der Bilanzierung des Geschäftsergebnisses der Montaforenreserve den Betrag von 15.000 Mk. und der Reserve für Ausrichtungsanlagen den Betrag von 10.000 Mk. zuzuwenden und des ferneren auf den Inventarbestand eine Aufschreibung von 20 Proz. im Betrage von 15.358,76 Mk. vorzunehmen. Da sich trotz der erschwerenden Verhältnisse und der dem Vorstände vorliegenden finanziellen Vorbekämpfungen noch ein Heberlohn im Betrage von 217.421,27 Mark ergibt, kann neben der Zuzahlung der jagungsgemäßen Beträge an die verschiedenen Reserven dem Gewinnerewerbssfonds ein

Aus unserer Bewegung

**Bergedorf.** Die Arbeiter der Stadtverwaltung Bergedorf erreichen eine Erhöhung ihrer Löhne. Bei dem Bauamt um 1 Mk. pro Tag ab 2. Juni, auf dem Friedhof um 1 Mk. pro Tag ab 16. Juni und im Elektrizitäts- und Wasserwerk um 5 bis 10 Pf. die Stunde ab 12. Mai 1917. Für die Arbeiter der erbschaften Verwaltungen ist dadurch der Mindesttagelohn von 3,70 auf 4,70 Mark, der Mitteltagelohn, somit 4,20 bis 4,50 Mk., auf 5,20 bis 5,50 Mark gestiegen. Löhne über 4,50 Mk. bezogen nur Handwerker und Spezialarbeiter. Diese Löhne erhöhen sich ebenfalls um 1 Mk. pro Tag. Im Elektrizitätswerk und im Wasserwerk ist Stundenlohn eingeführt. Hier wurden Unterschiede bei der Erhöhung der Löhne beliebt. Die betreffende Arbeiterschaft ist diesbezüglich vorzüglich geworden, um eine gleichmäßige Berücksichtigung zu erzielen. Zu den Tage- und Stundenlöhnen erhalten die Arbeiter der Stadtverwaltung Bergedorf noch die für die hamburgischen Staatsarbeiter festgesetzten Kriegsbeihilfen, bestehend aus Teuerungszulage und Minderzulagen. Die in Hamburg gezahlte einmalige Teuerungszulage ist auch den städtischen Arbeitern Bergedorfs in gleicher Höhe zuteil geworden. Ein Antrag der städtischen Arbeiterschaft auf Errichtung eines Arbeiterauschusses ist noch unerledigt. Die Arbeitsverhältnisse bei der Stadtverwaltung Bergedorf haben sich somit etwas zugemäßert gestaltet. Die Arbeitszeit beträgt jedoch immer noch 9 1/2 Stunden. Außerdem fehlen geregelte Vorkonzulagen, Urlaub, Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Es wird Aufgabe der städtischen Arbeiter sein, im Ansbau ihres Arbeitsverhältnisses nichts zu vernachlässigen, um der kommenden neuen Zeit entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

**Berlin-Lichtenberg.** Verbesserung der Urlaubbedingungen: Laut Urlaubsordnung erbielten früher nur die Innearbeiter der städtischen Werke bereits nach einjähriger Dienstzeit, die Außenarbeiter hingegen erst nach dreijähriger Dienstzeit 4 Tage Urlaub. Nach fünfjähriger Dienstzeit erhielten alle Arbeiter 10 Tage Urlaub. Am 13. Mai hatte der Arbeiterausschuss beantragt, alle Arbeiter im Urlaubsbezuge gleichzustellen. Magistrat und Stadtverordnete haben dem Antrage des Arbeiterausschusses zugestimmt und beschlossen, daß während der Kriegszeit alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach einjähriger Dienstzeit 4 Tage Urlaub erhalten sollen. Wir wollen hoffen, daß diese Ertragensmäßigkeit nicht nur während der Kriegszeit bestehen bleibt, sondern in die hoffentlich nicht mehr ferne Friedenszeit mit hübergenommen wird. Und nicht nur das, sondern die Friedenszeit soll und muß überhaupt noch eine Reihe andere Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen bringen, und zwar allenthalben in Groß-Berlin, nicht nur in Lichtenberg.

**Chemnitz.** Am 23. Juni tagte im Restaurant „Hoffnung“ unsere Mitgliederversammlung, in welcher zunächst das Abgehen der Kollegen Müller, Stechert, Mehm und Sonntag in üblicher Weise gedenkt wurde. Hierauf machte Kollege Kreißler die Anwesenden mit der Notwendigkeit einer Beitragserhöhung bekannt. Eine Diskussion fand über diesen Punkt nicht statt. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und etwa wankelmütige Mitglieder von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß die Ende März eingereichte 25-prozentige Lohnzulage abgelehnt worden ist, mit der Begründung, daß nach Kriegsende die Lohnfrage sowie die Verhältnisse angepaßt werden mußte. Es soll deshalb die Feuerungszulage erhöht werden. Seit 1. Mai ist auch die Kriegsfeuerungszulage neu geregelt worden. Sie beträgt für Ledige bis zu einem Verdienst von wöchentlich 19,— M. 2,50 M. wöchentlich oder 11 M. monatlich, bei einem Verdienst bis 51,— M. wöchentlich 2,30 M. oder 10 M. monatlich, für Verheiratete ohne Kinder bis zu 27,— M. wöchentlich 17,50 M. monatlich, bis 51,— M. 16,— M.; für beide Gruppen mit einem Kind 27,— M., mit zwei Kindern 40,— M., mit drei Kindern 54,— M., mit vier Kindern 68,— M., mit fünf Kindern 85,— M. Bei einem Einkommen bis 540 M. ohne Kinder 13,— M., mit einem Kind 23,— M., mit zwei Kindern 35,— M., mit drei Kindern 48,— M., mit vier Kindern 62,— M., mit fünf Kindern 77,— M. Bei einem Einkommen bis 850 M. mit einem Kind 10,— M., mit zwei Kindern 21,— M., mit drei Kindern 33,— M., mit vier Kindern 44,— M., mit fünf Kindern 60,— M. Für jedes folgende Kind unter fünfzehn Jahren erhöht sich die Steigerung fortwährend um 1 M. monatlich. Neben diesen Feuerungszulagen, aber nicht über 3500 M. Gesamtbezug hinaus, erhalten alle nicht im Bureau dienst Beschäftigten einen wöchentlichen Zuschuß von 1 M. wöchentlich, 2,20 M. halbmöndlich oder 4,5 M. monatlich. Nach diesen Sätzen betragen diese Zulagen wöchentlich für Ledige 3,50 M. resp. 3,30 M., für Verheiratete ohne Kinder 5,04 M., mit einem Kind 7,22 M., mit zwei Kindern 10,25 M., mit drei Kindern 13,46 M., mit vier Kindern 16,92 M., mit fünf Kindern 20,60 M. usw. Des weiteren wurde von Rat und Stadtverordnetenkollegium beschlossen, eine einmalige Feuerungszulage für alle ständig beschäftigten Arbeiter, Angestellten, Beamten sowie Lehrer usw. zu gewähren. Sie betrug für Ledige 20,— M., Verheiratete ohne Kinder 30 M., mit einem Kind 60 M., mit zwei Kindern 70,— M., mit drei Kindern 80,— M. usw. bis zu sieben Kindern auf 120 M. für jedes weitere Kind 20 M. mehr. Obwohl dieser Beschluß von der einen Seite zu begrüßen ist, so ist er doch auf der anderen um so bedenklicher, weil ein sehr großer Teil von dieser Feuerungszulage überhaupt nichts zu sehen bekam. Es sind nur hauptsächlich die Kollegen mit der Zulage bedacht worden, die vor Kriegsausbruch bei der Stadtverwaltung beschäftigt waren, alle übrigen sind leer ausgegangen. In einer Reihe von Betriebsversammlungen der verschiedenen Betriebe beschäftigte man sich auch mit dieser Frage und die Organisationsleitung wurde beauftragt, in einer Eingabe an den Rat der Stadt sowie an das Stadtverordnetenkollegium diese Zulage für alle Beschäftigten zu fordern. Diese Eingabe ist unterm 8. Juni abgegangen, aber bis zum heutigen Tage ist noch keine Antwort erfolgt. Zu erwähnen ist noch, daß die Gasarbeiter im April v. J. außer den gewährten Kriegsfeuerungszulagen eine 10-prozentige und für Eisenarbeiter und Handwerker eine 15-prozentige Zulage durchreichten. Diese Zulage ist am 1. Mai um weitere 10 Proz. erhöht worden. Weiter beschäftigte man sich in den Betriebsversammlungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit infolge der Lebensmittelknappheit. Die Arbeiterausschüsse im Feinbauamt und in den Gasanlagen hatten mit ihren Betriebsleitern schon zu dieser Frage Stellung genommen. Es wurde erreicht, daß in den Gaswerken die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden ohne Lohnausfall gesetzt wurde. Hier wird ohne Kesperpause bis 5 Uhr gearbeitet. Im Feinbauamt kam nur die Kesperpause in Wegfall. Dort wird bis 5 1/2 Uhr gearbeitet. Im Elektrizitätswerk erhielten die Kollegen von dem Erfolg der Gasarbeiter Kenntnis und sie veranstalteten ebenfalls eine Versammlung, um diese Angelegenheit zu erörtern. Aber die Kollegen wurden etwas überfordert. Schon am anderen Tage, nachdem die Versammlungsgelichter verteilt waren, konnten die Kollegen ebenso wie in den Gaswerken ihre Arbeitszeit früher beenden. Es soll wohl nicht behauptet werden, daß die Zettelverteilung schuld daran war, aber man wird die Vermutung doch nicht recht los. Die geplante Versammlung fand trotzdem statt und die Organisationsleitung wurde, wie in allen übrigen Versammlungen, beauftragt, dem Rat der Stadt vorzutragen, daß bei der jetzigen Lebensweise die Arbeitszeit nicht länger als neun Stunden betragen darf. Diese Eingabe wurde ebenfalls unterm 8. Juni den städtischen Körperschaften zugestellt. Unter dem 27. Juni wurde der Organisationsleitung nun folgendes mitgeteilt:

„Auf die Eingabe vom 8. d. M. teilen wir dem Verband folgendes mit: Die Frage, ob die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiter der städtischen Betriebe auf 9 Stunden verkürzt werden kann, ist von den Vertretern der Betriebe nach Anhörung mit der Arbeitervertretung ihrer Werke gemeinschaftlich beraten worden. Dabei ergab sich, daß die Verhältnisse der einzelnen Betriebe zu verschiedenartig sind, daß sie eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit unmöglich machen. Es ist deshalb vom Räte

beschlossen worden, den Betriebsvorständen zu überlassen, nach Verhandlung mit den Arbeitervertretungen die Arbeitszeit für jeden Betrieb besonders zu regeln. Berechtigten Wünschen der Arbeiter wird dabei, soweit es die Eigenart der Betriebe nur irgend zuläßt, entgegengekommen werden.

Tr. Süßmann, Oberbürgermeister.“

Hoffentlich wird seitens der Betriebsvorstände zu dieser Angelegenheit recht bald Stellung genommen. Denn bei der besonders heißen Jahreszeit sollten es sich die Herren Betriebsvorstände sehr angelegen sein lassen, die Sache ins Reine zu bringen, ehe die noch vorhandenen Kräfte vollends aufgebraucht sind. Bemerkenswert ist noch, daß in der Versammlung der Gaswerker über einen Anträgen im besonderen Maße geführt wurde, der einer ganz geringfügigen Sache wegen einen 23-jährigen Kriegsinvaliden nach einem kurzen Wortwechsel beschimpfte und ihn sogar mit Tätlichkeiten drohte. Die Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, bei der nächsten Sitzung mit der Direktion dahin zu wirken, daß in Zukunft eine derartige Behandlung der Kriegsinvaliden nicht wieder Platz greift.

**Dresden-Loschwitz.** Im Mai d. J. richtete die Filialleitung an den Gemeinderat das Ersuchen, die Löhne der Gemeinbediensteten um 10 Pf. für die Stunde zu erhöhen. In seiner Sitzung am 20. Juni hat nun der Gemeinderat beschlossen, ab 1. Juni die Stundenlöhne um 5 Pf. zu erhöhen. Unsere Eingabe hätte also einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen. Bei dieser Gelegenheit haben auch die Hilfsbeschäftigten ebenfalls 5 Pf. für die Stunde mehr erhalten. Sie ernten also auch mit, obgleich sie nicht mit geist haben! Der Bauinspektor machte gleichzeitig den Vorschlag, alle bisher gewährten Zulagen in einen Stundenlohn umzuwandeln, weil jetzt bei den verschiedenen nebeneinander bestehenden Zulagen die Berechnung recht schwierig sei. Diesem Vorschlag soll entsprochen werden. Das wäre auch für viele andere Orte recht empfehlenswert, denn jetzt weiß der Arbeiter oft nicht, wie er sich seinen Verdienst berechnen soll.

**Dresden-Hain.** Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer Sitzung vom 8. Juni, die Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeitsfrauen durchgängig um 5 Pf. für die Stunde zu erhöhen. Der Metzgermeister erhielt jährlich 150 M., mehr und der Bodenlohn des Nutzhens wurde auf 30 M. festgesetzt. Außerdem wurde die Mittagspause um eine Viertelstunde verlängert. Auch den Arbeiterinnen der Stadtgärtnerei wurde eine Lohnerhöhung zugesagt. Damit hätte nun endlich unsere bereits im Januar eingeleitete Bewegung einen gewissen Abschluß gefunden. Lange genug hat es wäherlich gedauert! Wir hatten im Januar 10 Pf. Zulage für die Stunde verlangt. Wenn jetzt nach einem halben Jahr nur die Hälfte bewilligt wird, darf sich die Stadt nicht wundern, und von unerträglichem Begehlichen der Arbeiter reden, wenn diese in allernächster Zeit erneut um Erhöhung der Löhne nachsuchen. Die unerträgliche Teuerung zwingt sie dazu!

**Sebitz.** Ende März richteten unsere Kollegen an den Stadtrat das Ersuchen um Gewährung einer Lohnzulage von 5 Pf. für die Stunde. Jetzt endlich, nach 3 Monaten, hat das Geisuch seine Erfüllung gefunden. Der Stadtrat hat sich aber hierbei recht sparsam gezeigt, um seinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. Mit ganzen zwei Pfennigen für die Stunde glaubt er die Not der städtischen Arbeiter lindern zu können. Die Arbeiter haben nun die Ehre, nicht mehr für 37, sondern für 39 Pf. für die Stunde dem Stadtrat ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen zu dürfen! Dabei muß noch beachtet werden, daß die letzte Lohnzulage im April 1912, also vor vier Jahren erfolgte. Während des Krieges ist nur eine monatliche Feuerungszulage von 10 M. gewährt worden. Das war im November 1915. Angesichts dieser Tatsachen hatten die Arbeiter bestimmt erwartet, ihren sehr beschiedenen Wunsch auf Erhöhung der Löhne um 5 Pf. erfüllt zu sehen. Sie sind arg enttäuscht, und man wird es ihnen nicht verübeln können, wenn sie sich mit den gewährten zwei Pfennigen nicht zufrieden geben. Sie werden nichts unversucht lassen, den Stadtrat zu überzeugen, daß die maßlose Teuerung sie zwingt, auf reißlose Erfüllung ihres Geisuches zu dringen.

### • Aus den deutschen Gewerkschaften •

Eine Auseinandersetzung über die gewerkschaftliche Kriegspolitik. Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt in den Tagen vom 27. bis 30. Juni in Köln seine ordentliche Generalversammlung ab. Es ist dieses die zweite Tagung während des Krieges. Die erste, 1915 in Berlin, verlief ziemlich ruhig. Die übergroße Mehrheit dieser Generalversammlung billigte die Haltung seines Vorstandes zum Krieg und dessen Erscheinungen. Unterdessen haben sich die Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung außerordentlich verschärft, es ist zur Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei gekommen. Es ist versucht worden, diese Streitigkeiten auch in die Gewerkschaften hineinzutragen, und zwar besonders im Metallarbeiterverband. Es war darum voraus-

zusehen, daß es auf seiner kürzlichen Tagung diesbezüglich zu einer bestmöglichen Auseinandersetzung kommen würde. Die Vertreter der Kinderheilsanstalt in der Partei hatten schon bei den Delegiertenwahlen mit allen Mitteln gearbeitet, um ihre Kandidaturen durchzubringen. Es ist ihnen auch vielfach gelungen. Auf der Generalversammlung wurde drei Tage lang heiß um die Kernfrage des Streites, die Kriegspolitik der Gewerkschaften, gestritten. Mit dem Ergebnis, daß sich die Mehrheit des Kongresses hinter den Verbandsvorstand und hinter die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stellte. Die Vertreter der deutschen Gewerkschaften haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie, die Politik des 4. August, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse läge. In den Streit in der sozialdemokratischen Partei griffen sie nicht direkt ein, erst als von deren Kinderheit versucht worden ist, die Differenzen auch in die Gewerkschaften zu tragen, verurteilen sie diese Treiberer, da sie eine Schädigung der Interessen der organisierten Arbeiter Deutschlands darstellen würden. Von der Kinderheit wurden darum Vorwürfe gegen die Gewerkschaften, besonders gegen die Generalkommission, erhoben. Auf dem Verbandstag wurden diese Fragen alle eingehend erörtert. In seinem Geschäftsbericht, der sich fast nur mit den Meinungsverschiedenheiten beschäftigte, sagte Verbandsvorstand **Schlicke** gegenüber den Vorwürfen, die Gewerkschaften hätten ihre alten Grundzüge verlassen:

„Besteht wirklich die Gefahr, daß die Gewerkschaften durch ihre Tagesarbeit verflumpfen, daß sie von ihrem sozialistischen Geist entbunden werden können? Die Aufgaben der Gewerkschaften gehen in derartigen Zeiten wie die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Wir drängen den Einfluß des Unternehmertums, das Kapital, Stück für Stück zurück. In der praktischen sozialpolitischen Tätigkeit gehen wir mit der sozialdemokratischen Partei Hand in Hand. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften von diesem Standpunkt abgedrängt werden können, darum sind die Einwände unberechtigt. Wir stellen uns auf den praktischen Standpunkt, wir können uns nicht von Theorien leiten lassen. Das ist der Mittelpunkt des Streites. Wir haben alle Ursache, dahin zu arbeiten, daß die Gewerkschaften diesen Boden der praktischen Arbeit nicht verlassen. Dieser Boden wird auch die Arbeiterklasse aller Länder wieder einander näher bringen.“

Bei der Arbeitseinstellung in Berlin, Mitte April d. J., die eine Demonstration gegen die mangelhafte Lebensmittelversorgung sein sollte, versuchten Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, diese Bewegung zu politischen Zwecken auszunutzen. Dazu sagte **Schlicke**:

„Man will den Verband von seinem bisherigen Gang abdrängen und ihm eine andere Marschroute geben. Wir betrachten den Streik als Kampfmittel, das dort anzuwenden ist, wo eine gültige Verteidigung nicht möglich ist. Nun sollen wir Streiks führen zu rein politischen Zwecken, zum Zwecke der Demonstration gegen Erscheinungen, die außerhalb des Rahmens der Betätigung unserer Organisation liegen. Es ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, die Arbeiter zu Streiks zu veranlassen; planmäßig wird Mißtrauen gegen die Leitung der Gewerkschaften gezeugt zu dem ausgesprochenen Zweck, um die Gewerkschaften näher politischen Demonstrationen dienstbar zu machen. Diese Erscheinung ist dort geboren, wo die neue Partei gegründet wurde.“

An die Ausführungen **Schlicke**s schloß sich ein Referat von **Dihmann** in Frankfurt a. M., der Parteisekretär der U. S. P. ist. Er sagte, die Gewerkschaften hätten den Massenkampf und ihre alten Grundzüge, die sie stark gemacht hätten, aufgegeben. Jetzt gingen die Gewerkschaftsführer Hand in Hand mit der Regierung und seien Träger deren Kriegspolitik. Die Gewerkschaften würden neue Wege einschlagen, die mit den Interessen der Arbeiter unvereinbar wären. Im Auftrag eines Teils der Delegierten erklärte er, daß sie ihre politische Interessenvertretung nicht erblicken würden in der sozialdemokratischen Partei, sondern in der U. S. P.

Die Ansprache war sehr lebhaft und ausgedehnt. Die Mehrheit der Delegierten trat dem Standpunkt **Schlicke**s bei. Es wurde betont, die Ausführungen des Referenten wären eine Propagandarede für die Unabhängigen, sie gehörte nicht auf einen Verbandstag, sondern auf einen Parteitag. Der Vertreter der Generalkommission, **Legien**, trat **Dihmann** in längerer, ein druckvoller Rede entgegen. Er sagte unter anderem:

„Ein Teil der Opposition meint, die gewerkschaftlichen Organisationen hätten ihre Grundzüge geändert, ein anderer Teil glaubt, daß die Zeit dafür gekommen ist, die Gewerkschaften ins sozialistische Fahrwasser zu treiben, das wir in den neunziger Jahren überunden haben. Die Gewerkschaften sind geblieben, was sie vor dem Kriege waren; sie sind bestrebt, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben. Wir haben unsere Auffassung, unsere Grundzüge nicht geändert, richtig ist, daß bei der Regie-

rung sich die Auffassung gegenüber den Gewerkschaften geändert hat. Haben wir es jemals abgelehnt, mit der Staatsleitung in Verhandlungen zu treten? 1902 in Stuttgart haben wir die Regierung eingeladen und sie war damals auf dem Kongress vertreten. Die Gegensätze zwischen Regierung und Gewerkschaften sind von dem, was sie vor dem Kriege vertraten, nicht ein Zota abgegangen, und sie werden von diesem Wege nicht abgehen, darauf können Sie sich verlassen. Wenn man kritisiert, sollte man zeigen müssen, wie es hätte anders gemacht werden sollen. Da haben die Kritiker versagt. Sie haben auch kein Wort davon geredet, was die Gewerkschaften, die Arbeitervertreter, während des Krieges geleistet haben, was sie durchsetzen auf sozialpolitischem Gebiet, für die Kriegsteilnehmerfamilien usw. Wir sollen uns für eine neue politische Partei erklären. Das hat Ihr Vorstand abgelehnt, das lehnt die Generalkommission ab. Die Gewerkschaftsorganisationen haben ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Soweit ihre politische Vertretung in Frage kommt, stellen sie sich umher den Säulen der sozialdemokratischen Partei. Sie können es ab, bei politischen Fragen direkt zu entscheiden, ihre Organisation irgendwelcher Partei dienstbar zu machen. Die „unabhängigen“ müssen übrigens erst den Beweis dafür erbringen, daß sie das Grundprinzip der Demokratie, die Disziplin, hochhalten. (Sehr gut!) Ich sehe in der „unabhängigen Partei“ keine Gefahr für die Gewerkschaften, denn diese sind über die Phrasologie längst hinaus.“

Damit wurde den Unabhängigen eine deutliche Absage erteilt. Der Verbandstag nahm die Rede **Legien**s mit starkem Beifall auf. Natürlich fanden die gegenteiligen Ausführungen bei der Opposition, die verhältnismäßig doch stark vertreten war, ebenfalls große Zustimmungserregungen. In namentlicher Abstimmung beschloß der Verbandstag mit 64 gegen 53 Stimmen eine Erklärung, die sich scharf gegen die Treiberer der Opposition wendet. Sie sagt von deren Agitation:

„Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Vermeidung des auf der Arbeiterschaft lastenden Leides, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge der gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig zu verzeichnen sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Öffnung auf baldigen Zusammenbruch Deutschlands stellt, deren Angriffswille steigert, die Zahl der Kriegsjahre vermindert und den Krieg selbst verlängert. Unter dieser Rechtfertigung erhebt die Generalversammlung Einsprüche gegen das Vortreiben, die Streikpläne der politischen Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften hineinzutragen, und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck der gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gleichzeitigen Agitation zweier, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allen im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und den Verbandstatuten stehenden Arbeitsunterbrechungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen der Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft gefährdenden Treiberer zu widersetzen.“

Die Anträge, die die Kriegspolitik des Vorstandes und der Generalkommission inbetrifft und an letztere keine Voträge mehr anzuführen will, waren damit abgelehnt. Im weiteren wurden in der Entschließung sozialpolitische Forderungen aufgestellt und sich den vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden angeschlossen. Die Opposition hatte beantragt, der Verbandstag solle einen Aufruf an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands im Sinne der Kinderheit erlassen. Mit 7 gegen 44 Stimmen wies der Verbandstag dies Ansuchen ab. Die gegenständlichen Anschauungen auf dem Verbandstag kamen natürlich auch bei anderen Fragen öfters zum Ausdruck. Bei der Wahl des Vorstandes gab die Opposition weiße Stimmzettel (K) ab, von 116 abgegebenen Stimmen entfielen auf den Vorstand, den Auswahlvorsitzenden und die Redakteure nur 80 bis 82 Stimmen. So wurde „grundständig“ gearbeitet. — Bemerkenswert ist noch, daß der Verbandstag mit sehr großer Mehrheit den Verat erweiterte, einen engeren Verat (bisherigen Verat) und einen erweiterten Verat, dem auch auf Bezirkskonferenzen gewählte Delegierte angehören, schuf. Dieser Beschluß liegt aber sicherlich nur im Interesse des Verbandes. So kamen die Meinungsverschiedenheiten in der modernen Arbeiterbewegung auf dem Metallarbeiterverbandstag sehr lebhaft zum Ausdruck. Ihre Austragung gehört aber nicht in die Gewerkschaften, sondern in die Partei. Offenbar übertrug sich diese gewerkschaftliche Auseinandersetzung, soweit sie in parteipolitischen Motiven ihren Untergrund hat, nicht auch auf andere Organisationen.

### Rundschau

Der Steuerzettel flattert jetzt in die Haushaltungen; wo er noch nicht erschienen ist, wird er mit Bestimmtheit bald eintreffen. Zur Staats Einkommensteuer wird veranlagt, wer ein Einkommen von 900 Mk. und darüber hat. Den Kommunen und Landgemeinden ist im § 38 des Kommunalabgabengesetzes noch gestattet, auch Einkommen von unter 900 Mk. nach dem fingierten Steuerjahre heranzuziehen, und zwar können die Einkommen von unter 420 Mk. für die Gemeinde ebenfalls steuerlich erfasst werden. Die Veranlagung erfolgt in der Regel nach dem Jahreseinkommen, das im Jahre 1916 erzielt worden ist. Wer im Jahre 1916 zusammenhängend länger als 10 Wochen ohne Einkommen gewesen ist (z. B. durch Krankheit, Arbeitslosigkeit), der wird nach dem mutmaßlichen Jahreseinkommen veranlagt, den er während der Zeit nach dieser einkommenlosen Periode erzielt hat. Der tatsächlich erzielte Verdienst bildet dann die Grundlage für das Einkommen des ganzen Jahres. In derselben Weise erfolgt auch die Veranlagung der vom Militär entlassenen Personen, wenn sie länger als 10 Wochen beim Militär gewesen sind. Da aber nicht feststeht, ob das mutmaßliche Jahreseinkommen auch tatsächlich erzielt wird, so muß Einspruch erhoben werden. Stelle sich dann am Schlusse des Kalenderjahres heraus, daß der mutmaßliche Arbeitsverdienst nicht erreicht worden ist, dann wird der zuviel erhobene Steuerbetrag zurückgestellt bzw. auf spätere Steuern angerechnet. Kriegswitwen sind nicht steuerfrei, wie vielfach irrtümlich angenommen wird. Auch sie werden nach dem mutmaßlichen Arbeitsverdienst veranlagt, und zwar von dem Zeitpunkt ab, an dem der Mann gefallen ist. Das Einkommen während der Zeit, die vor dem Tode ihres Mannes liegt, wird bei der Besteuerung unberücksichtigt gelassen. Die Hinterbliebenenrenten werden dem andern Einkommen hinzugerechnet. Kriegserfrauen sind steuerfrei, auch wenn sie ein steuerpflichtiges Einkommen erzielen. Denn das Einkommen der Kriegserfrau wird als Einkommen des Mannes angesehen, der Soldat ist. Nach § 70 des Einkommensteuergesetzes sind aber Unteroffiziere und Mannschaften von einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mk. befreit. Jugendliche Familienangehörige von Kriegsteilnehmern (z. B. V. Lehrlinge) werden nach denselben Grundätzen behandelt, wenn ihr Einkommen nicht so hoch ist, daß sie selbständig veranlagt werden können. Die Kriegsteuerzuschläge sind steuerpflichtig. Nur bei Staatsbeamten, bei denen eine Abfertigung nach der Zahl der Familienangehörigen ohne Rücksicht auf ihre Dienstleistung erfolgt, wird die Steuerzuschläge nicht verrechnet. Alle übrigen Steuerzuschläge aus Privatbetrieben werden bei der Veranlagung dem Einkommen hinzugerechnet und verrechnet. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gewährung ebenfalls nach der Zahl der Familienangehörigen erfolgt. Als im Staatsbetriebe beschäftigt sind auch die Arbeiter und Arbeiterinnen beim Kriegsbekleidungsamt anzusehen. Von dem Einkommen kann abgezogen werden: Ausgaben für Werbung, Arbeitsleistung, Fahrlohn und zur Arbeitsstätte, jedoch nur, wenn der Wohnort ein anderer sein muß als der der Arbeitsstätte, z. B. wenn der Steuerpflichtige im eigenen Hause getrennt von der Arbeitsstätte wohnt, die Beiträge für Kranken-, Jubiläen-, Anstellten-, Pensions-, Sterbefallversicherung, und zwar auch dann, wenn diese Beiträge für Familienangehörige geleistet werden. Nicht abzugsfähig sind die Aufwendungen zur Verrichtung des Haushalts, wie Wohnungsmiete, Nahrung, Bekleidung, Erziehung. Minderreichen Familien steht der Anspruch auf Ermäßigung zu, und zwar erfolgt die Herabsetzung der 1 bis 2 Kindern um 1 Stufe, 3 oder 4 um 2 Stufen, 5 oder 6 um 3 Stufen, 7 oder 8 Kindern um 4 Stufen. Ist das Einkommen des Veranlagten durch die Unterhaltsverpflichtung an Angehörige oder besondere Unglücksfälle in der Familie besonders belastet, so kann eine weitere Ermäßigung nach § 20 erfolgen. Als solche außergewöhnliche Belastung ist anzusehen: dauernde Kränkheiten von Familienangehörigen, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, besondere Unglücksfälle, Unterhalt und Erziehung der Kinder und Ähnliches. Für diese besonderen Fälle kann eine Ermäßigung bis zu 3 Stufen erfolgen, wenn das Einkommen 3000 Mk. nicht übersteigt. Ist die Veranlagung zu hoch erfolgt, so kann dagegen innerhalb einer Frist von 4 Wochen, vom Tage der Zustellung des Steuerzettels ab gerechnet, Einspruch erhoben werden. Gegen den Bescheid auf den Einspruch kann Berufung bei der Verwaltungscommission, ist das Einkommen auf mehr als 3000 Mk. festgesetzt, so kann gegen diese Entscheidung noch Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht gerichtet werden.

„Das verdamnte Hilfsdienstgesetz“ — so nannte der Vorsitz aller Schrammader und allseitigen Erwerbspolitiker (Gewerksrat Duisburg nach den Berichten der Kölner Zeitungen) das Gesetz über den patriotischen Hilfsdienst. Er behauptete, daß durch dieses Gesetz die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Fabriken um 20 Proz. gemindert sei und behauptete: „Das verdamnte Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit die Agitation aufhört und wieder Ordnung in die Fabriken kommt.“

Meine Versteher der Kartoffeln aus der neuen Ernte zu Kültur zu werden. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Viehland wird die Beobachtung gemacht, daß die Landwirte zurzeit Schweine im

Gewicht von mehr als 150 Pfund im Stalle haben, die in der Hoffnung weiter gefüttert werden, daß nach der Ernte wiederum Gerste und Kartoffeln zur Verfügung stehen werden, um die Tiere auf die bei den Hauschlachtungen in Friedenszeiten gewohnten hohen Gewichte von weit über 2 Zentnern zu mästen. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Notwendigkeit, unsere Gerste reiflos für die Brotverfertigung heranzuziehen und auch die Kartoffeln ausschließlich für die menschliche Ernährung zu verwenden, von einer Erfüllung dieser Hoffnung keine Rede sein kann. Es ist jedenfalls wirtschaftlicher, diese schlachtreifen Schweine jetzt abzugeben.

Das Obst mit dem Cht. Das wilde Durcheinander in der Frühobsterzeugung, das wir heute allenthalben beklagen hören, ist vor uns im März d. J. vorausgesehen worden. Wir haben damals die Reichsverteilungsstelle für Obst und Gemüse gewarnt, den gleichen Weg zu beschreiten wie im Jahre 1916. Da aber in Berlin Rückschlüsse anscheinend prinzipiell nicht beachtet werden, sehen wir nunmehr das grausame Spiel des Vorjahres noch um einige abschreckende Striche verbößert. Höchstpreise ohne Beschlagnahme bleiben ein Hammer ohne Stiel. Was sich jetzt in den Städten abspielt, ist geradezu eine Organisation der Unfähigkeit. In den Markthallen kommt kein Obst, trotzdem es draußen vor den Toren in Hülle und Fülle wächst. Ja noch mehr: sogar die Kirichen, die innerhalb der Stadtmauern reifen, gehen weit über dem Höchstpreis an unbekannte Großhändler. Tage um Tage stehen sich die Arbeiterfrauen die Stunden ab, immer kling es ihnen entgegen: „Nichts mehr da — schon verkauft!“ Auf das Land hinaus fahren nun die Leute, um sich direkt beim Erzeuger einzudecken. Dadurch aber treiben sie die Preise in schwindelnde Höhen, denn bei diesem Handel ist jede Kontrolle unmöglich. Bohrsinnige Preise zahlen die, die es können, für alle Mengen, die anderen stehen vor den leeren Körben. Es ist ein Jammer, daß all dieser Bierwurz nur eingetreten ist, weil man nicht den entscheidenden Schritt tut, das Obst zu beschlagnehmen. Wäre den irdischen Lebensmittelämtern die beschlagnehmende Listerie zur Verfügung gestellt worden, die sie zur Verteilung an die Kleinämter gebracht hätten, wo durch das Vorbestellsystem jeder seinen Teil nach Maßgabe des Vorhandenen bekommen hätte, dann wäre wenigstens jeder leicht und ohne Mühe in den Besitz eines kleinen Quantum gekommen. Heute sieht nur der mit langen Armen und großer Geldtaube etwas von Frühobst. Die andern lesen inzwischen eine amtliche Bekanntmachung, daß sie Obst dürfen sollen, „damit nichts umkommt“. Welcher Lohn, wo doch nichts zu erhalten ist!

Der Wert der Gemüse. Professor Dr. Max Rubner schreibt in der „Kriegslohn“: Die Gemüse haben für den Konsumenten den Vorteil, daß er keine gefälschte Ware bekommen kann; frische Gemüse kennt jede Hausfrau; sie weiß, welche Eigenschaften sie von ihm verlangen muß. Von Gemüse allein wird man nicht leben wollen und leben können, so wenig man dauernd von Brot allein, von Fleisch oder nur von Milch leben wollte. Zusammen mit sonstigen Nahrungsmitteln sind aber die Gemüse vortrefflich und wertvoll. Sie sind dadurch ausgezeichnet, daß sie sehr viele ausgiebig wohlgeschmeckende, den Appetit anregende und befriedigende Eigenschaften besitzen, die eine Würze jedes Mahles darstellen. Die Gemüse bestehen, insofern sie Wurzelgemüse oder Blattgemüse darstellen, aus kleinen Hohlräumen (Zellen), die mit Saft und Nährstoffen oft prall gefüllt sind. Wenn man sie zerleinert und zerhackt, fließt bei vielen, zum Beispiel Spinat und ähnlichen, der Saft in Masse aus, besonders dann, wenn sie erwärmt werden. Der Saft der Gemüse enthält sehr viel Kohlenhydrate, weshalb er unter keinen Umständen verloren gehen darf. Soweit der Nährstoff in diesem Saft enthalten ist, ist er leicht verdaulich. Gemüse soll man, wenn es nicht schon zum Zweck des Kochens zerleinert wurde, recht gut durchkauen. Das gilt namentlich von Salat, der nicht in halbzerleinerten Blättern verpackt werden soll. Gemüse, insofern sie saftige Pflanzen darstellen, sind wasserreicher als manche andere Nahrungsmittel. Man hat ihnen deshalb vorgeworfen, sie seien arm an Nährwert. Gewiß, im rohen Zustande enthalten sie oft nur ein Fünftel bis ein Achtel des Nährwertes von Brot, Salat und Mehl, sogar noch weniger. Man muß also etwas mehr von ihnen essen, um den Mangel auszugleichen. Sieht man aber davon ab und betrachtet die Natur der in den Gemüsen enthaltenen Nährstoffe, so fällt uns bei manchen der zum Teil recht hohe Eiweißgehalt derselben auf. Nämlich reichlich ist schon weißer Kohl; andere Gemüse erreichen im Eiweißgehalt etwa die Hülsenfrüchte, zum Beispiel Spargel, Rosenkohl und Spinat. Von den Salaten ist die Endivie die eiweißreichste, ähnlich sind Kappasal und Gurken zusammengefaßt; am eiweißärmsten ist der Sellerie. Da aller Nährwert in den Zellen enthalten ist und deren Wände schwer verdaulich sind, so ist die Zerleinertung der Gemüse beim Kochen und beim Mauen wichtig. Die Zellwände der Gemüse sind aber, weil sie beim Gebilde sind, doch wieder verdaulich als die der Hülsen von Nüssen und Weizen. Reis usw., die beim Backen eine holzartige Umwandlung erfahren haben. Die Gemüse unterscheiden sich von allen anderen Nahrungsmitteln durch ihren hohen Gehalt an Salzen. Diese sind für den Verlauf des gesunden Lebens unentbehrlich. Im Durchschnitt braucht der Erwachsene, der sich nicht

einseitig ernährt, sondern unsere Volksernährungsmittel ist, auf eine besondere Salzzufuhr nicht Bedacht zu nehmen. Die Gemüse sind es, die in einer normalen Kost zur Vermehrung der „Salze“ beitragen. Wenn man statt Weißbrot eine entsprechende Menge Weizkohl oder Spinat isst, so verhalten sich die Nährsalze wie 1:15:28. Gemüse bringen also vielfach schon in geringen Mengen genommen relativ viel Nährsalze in den Körper. Unter diesen Nährsalzen spielt der Kalk eine wichtige Rolle; eine normale Kost braucht mehr Kalk als Magnesiumsalze. Unter den tierischen Nahrungsmitteln ist die Hauptkalkquelle die Milch. Die Gemüse enthalten ausnahmslos mehr Kalk als Magnesia, ein Verhältnis, wie es unseren Bedürfnissen entspricht, und liefern uns unter Umständen selbst mehr an Kalk als die Milchnahrung. Ein alter Weisheitspruch lautet: Wer in seiner Jugend Obst und Gemüse tut meiden, wird in seinem Alter viel Krankheit erleiden. Eigentümlich berührt es einem, wenn mit einem Male in der Jetztzeit Ärzte und Nahrungsmittelkennner den hohen Nährwert der Gemüse „entdecken“. Die Nährsalze in dem Gemüse allein sind es, welche, dem Blute des menschlichen oder tierischen Körpers zugeführt, fast alle Baustoffe der Körperzellen enthalten. So verbleibt am Schluß dieser ausführenden Betrachtungen nur noch die Frage zu beantworten: Wo nehmen die großstädtischen Arbeiter das Gemüse her? Wir wissen keine Antwort!

### Das Wunder.

Der Sonne weicher Lampendocht  
hängt flammend im Zenit.  
Der Himmel glüht, die Erde leuchtet —  
Du spürst's bei jedem Schritte.  
Das Schuhwerk röhrt — was tut's, was tut's?  
Die Füße haben Töhlen.  
Und dampft das Heub, sei guten Muts!  
Dann brauchst Du keine Kohlen.  
Am Wegrand steht ein Kirschbaum,  
Da winkt ein langer Finger —  
Und, Holusopus, wie im Traum,  
Verschwunden sind die Dinger!  
Ein Wunder ist's. Wack' Dir ein Lieb  
Auf Bläumen, Zwetschgen, Trauben!  
Du siehst sie nicht? Was man nicht sieht,  
Das eben muß man glauben.  
Ein unsichtbares Wesen treibt  
Sein Spiel mit Dir; doch lauch!  
Solang Dir ein Bezugsschein bleibt,  
Was brauchst Du da die Sauch?

Edgar Steiger i. „Zimpli.“

### Eingegangene Schriften und Bücher

Das Buch der Reformation. Geschrieben von Mittelebenden. Herausgegeben von Karl August Dieck. 3., durch ein Register vermehrte Auflage. Großoktav, 532 Seiten. Mit 139 Bildern von Jost Amman, Hans Sebald Beham, Hans Profamer, Hans Burgkmair, Lukas Cranach, Albrecht Dürer, Hans Weidig und anderen trefflichen Altmeistern, fünf Handschriftproben und einem Faksimiledruck der Lutherischen Ihesen. Leipzig, H. Voigtländers Verlag. Preis 6 Mk., in Ganzleinenband 7,50 Mk.

Am 31. Oktober 1917 werden 400 Jahre seit Beginn der Reformation verfloßen sein. Selbst wenn der Weltkrieg dann noch weitergehen sollte, so wird dennoch dieser Jubiläumstag unzähligen Deutschen ein denkwürdiger Erinnerungstag sein. Man kann es ruhig aussprechen und auch Katholiken dürfen es zugeben: Ohne Luther und die Reformation läge es mit der Freiheit des deutschen Geisteslebens ganz anders aus. Als Erinnerungsbuch an jene Zeit vor 400 Jahren ist dies Werk entstanden, sagen wir gleich: dies prächtige, höchst dankenswerte Werk. Es will, so heißt es im Vorwort, „eine getreue Anschauung jener Zeit vermitteln. Darum ist es „geschrieben von Mittelebenden“. Das heißt: es besteht aus sorgfältig, in langjähriger Vesearbeit der Miesensfälle des Stoffes entnommenen Berichten der damals führenden, mitarbeitenden oder miterlebenden Männer. Auch katholischer Männer, denn nur so konnte ein treues Spiegelbild jener Zeit, ihrer Kämpfe und ihrer Not entstehen. Der Herausgeber hat diese Berichte gruppiert und mit ein- oder überleitendem Text versehen. Dabei hat er eine sehr glückliche Hand gehabt. Die ausgewählten Schilderungen und Berichte von Mittelebenden ergeben ein höchst lebendiges, anschauliches Bild jener Zeit, und nicht etwa nur der religiösen Verhältnisse. Kapitel wie: Die Landsknechte, Kambreller Thomas von Absberg, Mikaläcke Anleibe bei Jakob Augger, Die Mitterburg des ausgehenden Mittelalters, Das Weinsberger Blutgericht und viele andere gehören zu dem besten, was man zur Kulturgeschichte jener Zeit überhaupt lesen kann. — Ebenso be deutend wie der Text sind die von einem Zeichner ersten Ranges, Dr. Clemens in Jockkau, aus der Fülle des Renaissance-Bildwerkes ausgewählten Holzschnitte und Zeichnungen. Der Preis ist so niedrig, daß er nur

durch die Hoffnung auf große Verbreitung des in jeder Beziehung musterhaften Werkes zu erklären ist.

Aus eigener Kraft betitelt sich der Roman, mit dessen Abdruck die illustrierte Wochenchrift „In Freien Stunden“ vom 1. Juli d. J. ab beginnt. Der Verfasser ist der Kasseler Lehrer Valentin Traudt. Er zeichnet mit kräftigen Zügen ein barockhaftes Bauernvolk, das sich mit allen Mitteln gegen den Einbruch der Industrie in seine Dörfer zu wehren sucht, und das mit List und Gewalt, mit Brandstiftung und Mord gegen die neue Zeit ankämpft. Schließlich zwingt sie ein Knecht, der aus eigener Kraft ein geistig starker wird, gemeinsam mit einer Bäuerin, die in ihrer naturhaften Zehnheit nach Kindern, allen moralischen Erwägungen trogend, um seine Jungfrau wirbt. Daneben gefolgt zum Abdruck: Die Prarie am Jacinto, eine Erzählung von Charles Zealsfield. Die Erzählung, dessen Verfasser ein aus Oesterreich entfloherener Mönch ist, gibt ein packendes Bild der Prarie des wilden Westens, die sich in ihrer sargigen Schönheit, aber auch mit all ihren Gefahren vor dem Leser erhebt. Ein Verlierer ringt in dieser Prarie mit seinem Schicksal, bis er schließlich einem Verbrecher in die Hände gerät. Interessant ist die für uns sehr selten erscheinende Weise, in der über den Mörder Bericht gehalten, und wie das Urteil vollstreckt wird. Neben diesen Erzählungen bieten die Feste in reicher Abwechslung lesenswerte illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, daneben Scherz, Satire und für die Frauen, was in Haus und Küche nützlich ist. Unsere Leser sollten auf „In Freien Stunden“ abonnieren. Sie werden an dem guten reichen Inhalt der wöchentlich erscheinenden Feste ihre Freude haben. Jedes Heft kostet 15 Pf. Bestellungen nimmt der Zeitungsbote entgegen.

Die Woche, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft u. m. b. H., Berlin SW. 64). Das eben erschienene Heft 14 enthält u. a. folgende Artikel: Wilhelm Jansson: „Probleme des Rechts.“ Johann Kluge: Die Revolutionierung der Revolutionäre VIII. Hermann Kranz: Ost- und westliches Gelände. Emil Krause: Ein Stück Schulreform in Hamburg. Erich Trok: Sozialistische Feldgedanken. Graf Alexei A. Tolstoi: Der größte März. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,00 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

### Totenliste des Verbandes.

Magd. Frey, Straßburg i. E.

Buhfrau  
† 21. 6. 1917, 41 Jahre alt.

Heinrich Jahnke, Hamburg

Wasserkunst  
† 21. 6. 1917, 50 Jahre alt.

Johann Jähns, Hamburg

Vaudeputation  
† 17. 6. 1917, 63 Jahre alt.

Theodor Kaufmann, Berlin

Gasarbeiter  
† 2. 7. 1917, 46 Jahre alt.

Anna Kisk, Nürnberg

Garbenerie  
† 26. 6. 1917, 55 Jahre alt.

Wilh. Keisels, Eberfeld

Stahlarbeiter  
† 1. 7. 1917, 45 Jahre alt.

Herm. Kiskelt, Schöneberg

Straßenreiner  
† 29. 6. 1917, 50 Jahre alt.

Johann Ködel, Zeitz

Magistratsarbeiter  
† 14. 5. 1917, 72 Jahre alt.

August Schacht, Hamburg

Vaudeputation  
† 19. 6. 1917, 50 Jahre alt.

Marlin Wolpert, Stuttgart

Telegraphenarbeiter  
† 9. 6. 1917, 55 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

Claus Busch, Altona

am 16. April 1917 im Alter  
von 39 Jahren gefallen.

Wilhelm Efers, Lehe

am 17. Juni 1917 im Alter  
von 38 Jahren gefallen.

Friedrich Gilmgash, Berlin

am 24. Juni 1917 im Alter  
von 41 Jahren gefallen.

Max Krabel, Fürth

am 11. Juni 1917 im Alter  
von 37 Jahren gefallen.

J. Lippe, Hbg.-Finkenwärdler

am 30. März 1917 im Alter  
von 35 Jahren gefallen.

Georg Nägele, Heidelberg

am 2. Mai 1917 im Alter  
von 31 Jahren gefallen.

Paul Ortmann, Hamburg

am 25. Mai 1917 im Alter  
von 30 Jahren gefallen.

Johann Vrechl, Fürth

am 10. März 1917 im Alter  
von 41 Jahren gefallen.

Robert Schmidt, Berlin

am 27. Juni 1917 im Alter  
von 44 Jahren gefallen.

Reinhold Willholz, Berlin

am 20. Mai 1917 im Alter  
von 42 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!